

Grußwort Landecker Foundation

Screening “Die Ermittlung” an der Universität Köln, 24.2.2026

„Nichts gehört der Vergangenheit an; alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.“

Liebe Studentinnen und Studenten,
meine Damen und Herren,

mit diesen Worten beschrieb der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer 1964 – also mitten im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess –, warum die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit keine historische Übung ist, sondern eine Frage der Gegenwart.

Fritz Bauer hat über die Jahre sehr viele kluge Dinge formuliert. Einen weiteren Gedanken möchte ich an den Anfang dieses Abends stellen:

„Anpassung an einen Unrechtsstaat ist Unrecht.“

Zwischen diesen beiden Aussagen spannt sich der thematische Bogen unserer heutigen Veranstaltung. Die Vergangenheit ist nicht abgeschlossen. Sie prägt unsere Institutionen, unsere Debatten und unser Verständnis von Recht – und damit auch von Unrecht - bis heute. Und genau daraus erwächst Verantwortung für unser Handeln im Hier und Jetzt.

Aber erst einmal: Guten Abend und herzlich willkommen hier im historischen Hörsaal II an der Universität zu Köln!

Mein Name ist Lena Altman, und gemeinsam mit Silke Mülherr und unserem Vorstand Herrn Dr. Peter Harf habe ich das große Privileg, die Alfred

Landecker Foundation zu leiten.

Ich freue mich sehr, Sie - gemeinsam mit der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung - zu diesem besonderen Abend begrüßen zu dürfen.

Wir sind heute hier, um auf den ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess zu blicken, den bis dahin größten Strafprozess gegen NS-Täter. Und wir blicken auf den Mann, der dieses Verfahren gegen erhebliche Widerstände auf den Weg brachte: Fritz Bauer.

Bauer wusste genau, welchen Preis sein Engagement hatte. Er sprach davon, beim Verlassen seines Büros „Feindesland“ zu betreten. Der Gegenwind kam aus Teilen der Justiz, aus Behörden, aus einer Gesellschaft, die verdrängen wollte.

Die juristische Aufarbeitung des industriellen Massenmords war Neuland - rechtlich wie gesellschaftlich.

Und die Täter waren ja nicht einfach verschwunden. Sie waren Teil des demokratischen Neubeginns. Die allermeisten standen nicht vor Gericht, sondern lebten unbehelligt weiter, viele machten Karriere. In Justiz, Verwaltung, Wissenschaft, Politik, Medizin - also in genau jenen Bereichen, die das Rückgrat eines demokratischen Gemeinwesens bilden. Manche - wie Ernst Achenbach, der einflussreiche Politische Leiter an der Deutschen Botschaft in Paris während der deutschen Besatzung Frankreichs – er war für die sog. „Judenangelegenheiten“ zuständig gewesen. Er wurde in der Bundesrepublik erfolgreicher Rechtsanwalt, hielt zahlreiche Aufsichtsratsposten, wurde außenpolitischer Sprecher der FDP, dann führender

Außenpolitiker für die FDP auch im Europäischen Parlament. Er setzte sich vehement politisch und vor Gericht dafür ein, dass seine einstigen Mittäter straffrei blieben. Statt vor Gericht: eine politische Karriere. Statt Verantwortung: Einfluss. Und 1971 sogar das Bundesverdienstkreuz.

Man fragt sich:

Wie muss sich das für die Überlebenden angefühlt haben? Für ihre Kinder und Enkel?

Zitat Fritz Bauer:

„Zu den Träumen der Frankfurter Staatsanwälte gehörte eigentlich die Vorstellung, dass früher oder später einer von den Angeklagten auftreten würde und sagen würde: ‚Es tut mir leid‘. Ein menschliches Wort findet für die Überlebenden, die mit ihren ganzen Familien ausgerottet sind.“

Ein solches Wort kam nicht.

Man fragt sich auch: Was war das für ein Deutschland, das Täter nicht nur nicht belangte - sondern sie auch noch ehrte? Ihnen Zugang erlaubte zu höchsten Ämtern, und damit zu Gestaltungsmacht.

Ich halte hier kurz inne, weil dieser größere Zusammenhang deutlich macht, in welchem politischen und gesellschaftlichen Klima die Frankfurter Verfahren stattfanden.

Und warum diese Prozesse von so enormer bundespolitischer Bedeutung waren.

- Am Ende der Ermittlungen, die auch den Filmauszügen heute ihren Namen gaben, standen 22 Angeklagte vor Gericht.
- 17 von ihnen wurden zu Haftstrafen verurteilt, 6 von ihnen erhielten lebenslänglich, 11 erhielten zw. 3,5 und 14 Jahren. 3 wurden mangels Beweise freigesprochen, 2 Verfahren eingestellt.

Eine magere Bilanz, gemessen an der Dimension der Verbrechen, der „größten Menschen-Vernichtungs-Anlage aller Zeiten“ wie Rudolf Höß in seinen Aufzeichnungen mit einer Art perversen Stolz schrieb.

Und trotzdem ist die Bedeutung der Ermittlungen und ihr juristisches Ergebnis nicht geringzuschätzen in ihrer Relevanz.

Die öffentliche Beweisaufnahme, die Zeugenaussagen der Überlebenden, die schonungslose Darstellung der Abläufe in Auschwitz - all das veränderte die Bundesrepublik nachhaltig.

Zum ersten Mal wurde die organisierte Vernichtung der europäischen Juden detailliert vor einem deutschen Gericht verhandelt. **Das war ein Akt demokratischer Selbstvergewisserung.**

„Die Bewältigung unserer Vergangenheit heißt Gerichtstag halten über uns selbst“, sagte Bauer.

Und genau dafür bildeten die Ermittlungen in Frankfurt und die ersten Verurteilungen den Anfang.

Welche Relevanz haben die Auschwitz-Prozesse noch heute für uns?

Der Rechtsstaat schützt seine Bürgerinnen und Bürger, seine Minderheiten nicht nur, weil es entsprechende Rechte in Gesetzestexten gibt. Diese Rechte müssen eingefordert, verteidigt und durchgesetzt werden.

Es reicht nicht, wenn wir uns in Gedenkstunden daran erinnern, dass Minderheitenrechte und bürgerliche Freiheiten in der Vergangenheit systematisch ausgehöhlt worden sind. Der Rechtsstaat bleibt nur dann lebendig und wehrhaft, wenn die, die ihn verkörpern, auch für ihn eintreten - selbst wenn die politische und gesellschaftliche Stimmung dem entgegenläuft. Auch wenn sie damit ins Risiko gehen, so wie einst Fritz Bauer.

Deshalb engagiert sich die Alfred Landecker Foundation unter anderem an der Universität zu Köln ganz strategisch:

Wir stärken Ansätze, die Rechtsstaatlichkeit, historische Verantwortung und internationale Ordnung zusammendenken:

im Colleg Konrad Adenauer unter der Leitung des heute anwesenden Prof. Fabian Klose, mit dem Hans Kelsen Visiting Professorship – einen herzlichen Gruß an unseren derzeitigen Kelsen Professor Milos Vec hier im Publikum, im Konrad Adenauer Synergy Grant zur Geschichte der 1990er-Jahre und mit der jüngst gegründeten Adenauer School of Government.

Der rote Faden, der sich durch all unsere Förderungen zieht, ist die Verzahnung von Rechtsstaatlichkeit, historischem Bewusstsein und verantwortlichem Regierungshandeln. Denn wenn Rechtsstaatlichkeit mehr sein soll als ein formales Versprechen, wenn demokratische Institutionen belastbar bleiben sollen, dann braucht es Orte, an denen Verantwortung eingeübt, reflektiert und weitergedacht wird und Akteure mit Haltung, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen.

Mein herzlicher Dank gilt allen Partner hier an der Universität zu Köln und natürlich auch unseren heutigen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern:

Frau Dr. Berger, Herrn Professor Haferkamp und Herrn Dr. Lohde.

Sie alle setzen sich seit vielen Jahren wissenschaftlich und öffentlich mit der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen und ihren Folgen auseinander. Dass wir Sie für diesen Abend gewinnen konnten, ehrt uns. Ihr Einsatz, Ihre Expertise und Ihre Bereitschaft, diese Debatte immer wieder neu in die Gegenwart zu holen und das Interesse für das Thema wach zu halten, schätzen wir sehr.

Zum Schluss möchte ich im Namen der Stiftung sehr herzlich Euch, liebe Annemarie und Melanie und der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung danken – für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Projekt.

Eure Stiftung steht - wie auch die Unternehmer-Familie hinter der Alfred Landecker Foundation - für eine klare Überzeugung: Auch Unternehmen tragen Verantwortung. Verantwortung für die Geschichte, Verantwortung für die Gegenwart, Verantwortung für das gesellschaftliche Klima, in dem sie wirtschaften.

Die Unternehmer hinter der Landecker Foundation nehmen diese Verantwortung an. Durch die Stiftung leisten sie einen Beitrag - zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur, zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Stärkung unserer Demokratie.

Dass auch die Berthold Finkelstein Stiftung diesen Weg so konsequent geht, verdient großen Respekt.

Ich wünsche uns allen einen eindrucksvollen Abend und eine anregende Diskussion, die Sie hoffentlich weitertragen aus diesem Hörsaal hinaus - in Ihre Rechtsseminare, in Ihre Gerichtssäle, in Ihre Kanzleien, in Ihre Polizeiwachen und Ministerien.

Vielen Dank.